

Presseinformation

28. Dezember 2007

Land unterstützt Lärmschutz in Atzenbrugg

Pröll: Weniger Lärmbelastung bedeutet mehr Lebensqualität

Die NÖ Landesregierung hat kürzlich auf Initiative von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll beschlossen, sich im Ausmaß von 30 Prozent an Lärmschutzmaßnahmen entlang der bestehenden Eisenbahnstrecke in der Marktgemeinde Atzenbrugg zu beteiligen. Das Land trägt demgemäß 99.000 Euro der Planungs- und Durchführungskosten, die sich für den aktuellen Bauabschnitt auf voraussichtlich 330.000 Euro belaufen. 50 Prozent dieser Kosten werden vom Bund getragen, 20 Prozent von der Marktgemeinde.

„Weniger Lärmbelastung bedeutet vor allem mehr Lebensqualität. Dem Land ist es deshalb ein Anliegen, auch die Anrainerinnen und Anrainer von Eisenbahnstrecken vor dem Lärm zu schützen“, betont dazu Pröll.

Basis des Beschlusses ist ein 1999 zwischen der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich unterzeichnetes Rahmenübereinkommen über Planung, Durchführung, Erhaltung und Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahn-Bestandsstrecken der ÖBB. Ziel dieses Übereinkommens ist es, in niederösterreichischen Gemeinden Gebäude bzw. Teile von Gebäuden, die der überwiegenden Wohnnutzung dienen, sowie Krankenanstalten nachhaltig vor Eisenbahnlärm zu schützen. Die Umsetzung basiert auf dem NÖ Schienenverkehrslärmkataster 1993 sowie auf einer darauf aufbauenden gemeindebezogenen Prioritätenreihung.